Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Dienstag, den 6. Dezember 1927 — Nummer 283

Kriegserklärung der Stahlkönige

Brotlosmachung von Millionen / 500 000 Arbeiter vor der Aussperrung / Massenkampf gegen die Trustbourgeosie / Nieder mit dem Bürgerblock und Schwerkapital / Sozialdemokratische Verwirrungsmanöver

Nieder mit den Trustmagnaten

Eine Handvoll Eisen- und Stahlindustrieller hat die Stillegung der gesamten deutschen Groheisenindustrie für den 1. Januar 1928 beschlossen. Das Diktat der Trustmagnaten lautet: keine allgemeine Lohnerhöhung, keine Verkürzung der 12stündigen Arbeitszeit auf 8 Stunden, Verewigung und weitere Verschärfung der unwürdigen Sklavenbedingungen. 500 000 Arbeiter sollen auf das Straßenpflaster geworfen, 2 Millionen Menschen dem Hunger ausgesetzt werden.

Die deutsche Eisenindustrie hat in den letzten Jahren eine **Rekordkonjunktur gehabt. Ungeheure Rationalisierungsprofite,** ein durch Schutzzölle herbeigeführtes Monopol auf den inneren **Markt,** eine infolge der **Politik der Gewerkschaften** durch keine **Streiks** gehinderte Ausnutzung der Konjunktur, lange Arbeitszeit **und Hungerlöhne haben die Macht des Unternehmertums gestärkt.** Während sich in den breiten Massen der werktätigen **Schichten Deutschlands eine neue Welle der Aktivität ankündigt, während jede Wahl beweist, daß immer breitere Schichten gegen die bürgerlichen Parteien Stellung nehmen, verkündigen die Machthaber Deutschlands** brutal und offen: **Wir pfeifen auf eure Wahlen und Forderungen!** Während die Teuerung steigt, erklären die Unternehmer: **Keinen Pfennig Lohnerhöhung!** Während die Intensität der Arbeit zunimmt und Rekordziffern **aufweist,** diktieren die Eisenbarone: **Es bleibt beim Zwölfstundentag!** Sie denken nicht daran, einen Teil ihrer ungeheuren Rationalisierungsgewinne zur Verbesserung der elenden **Lage der Arbeiterschaft** herzugeben. Die Erfüllung der von den **Gewerkschaften** erhobenen unzulänglichen Forderungen würde **den Unternehmern weniger wie 100 Millionen Mark im Jahre kosten.** Sie zahlen jährlich Dutzende von Millionen in eine **Kriegskasse gegen die Arbeiter, aber sie lehnen Achtstundentag und 10 Prozent Lohnerhöhung ab.**

Was beweist diese Provokation der Trustmagnaten?

Erstens beweist sie, daß die Kommunisten vollständig recht hatten, als sie den Arbeitern der Schwerindustrie vor Monaten sagten:

„Wenn ihr den Achtstundentag bekommen wollt, so müßt ihr am 1. August streiken!"

Damals verhinderten die Reformisten den Kampf, vertrösteten **die Arbeiter auf den** 1. Januar 1928. Die Unternehmer **aber nutzten** diese Schwäche aus, bildeten ihre Kriegskasse und **werfen heute** den Arbeitern und den Gewerkschaften den Fehdehandschuh hin.

Zweitens beweist das Vorgehen der Unternehmer, **daß es ihnen nicht einfällt, sich auf die Anwendung der von der Sozialdemokratie gepriesenen und den Arbeitern empfohlenen „demokratischen" Methoden zu beschränken.** Ihre Kampfmaßnahmen sind **brutal,** sie packen das Proletariat an der Gurgel, sie wollen **es mit Hunger und staatlichen Terrormaßnahmen auf die Knie zwingen,** zu den elendesten Sklavenbedingungen herabwürdigen.

Drittens beweist das Vorgehen der Unternehmer

den vollständigen Bankrott der Politik der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsführer.

Sie haben die glänzende Konjunktur nicht zugunsten der **Arbeiter ausgenutzt.** Sie haben jede zwischentarifliche Bewegung der Arbeiter meistens mit Erfolg verhindert.

Sie haben sich den Schandschiedssprüchen, den schamlosen Verbindlichkeitserklärungen der Schiedssprüche, die einen Raub des Streikrechts darstellen, widerstandslos unterworfen.

Der Beschluß der Eisenindustriellen ist die Antwort auf diese feige, verräterische Taktik der Gewerkschaftsbureaukratie. Denn die Eisengewaltigen glauben, daß es nur der Drohung mit der Stillegung, der Drohung mit einer sozialen Krise bedarf, um die sozialdemokratischen und christlichen Führer erneut zum feigen Zurückweichen zu veranlassen. Die Unternehmer **wissen, daß die Reformisten jede ernste Kampfhandlung der Arbeiter zu verhindern suchen werden.** Daß sie sich nicht täuschen, beweist nicht nur die Vergangenheit der Gewerkschaftsführer, sondern wird auch durch die Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse aufgezeigt.

Der Vorwärts vom 4. Dezember versucht den Arbeitern weisszumachen, daß die Unternehmer erproben wollen, „was stärker ist — ihr Wille, oder der Staatswille." Die Sozialdemokratische Partei **lügt** den Arbeitern vor, daß es zwischen dem Willen der Trustmagnaten und dem der Arbeiterschaft einen dritten „Willen" gibt: den des demokratischen Staates. Dabei ist jedem Arbeiter klar, **daß die Unternehmer sich bei allen ihren Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft auf den demokratischen Staat stützen.** Die Trustmagnaten und die demokratische Republik sind eins. Dieser Staat ist ihr Staat. **Sie beherrschen ihn.** Er ist ihr Diener, er hält die Arbeiterklasse nieder.

Er verhindert mit Maschinengewehren die Verjagung der Trustgewaltigen, die Uebernahme der Betriebe durch die Arbeiter, die Errichtung einer Staatsmacht der Arbeiter, die die Bourgeoisie enteignet, die Industrie, die Banken und den Großgrundbesitz nationalisiert.

Der sozialdemokratische Innenminister Grzesinski und die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten mit ihren Polizeigarden stehen zum Schutz des Trustkapitals bereit. Die Reichswehr mit ihren monarchistischen Offizieren lauert im Hintergrund. Der Zentrumsarbeitsminister Brauns, wie die übrigen Diener auf den Ministersesseln gehorchen ihren Winken.

Eine große **Gefahr droht der Arbeiterklasse.**

Hunderttausende sollen dem Hunger, der Versklavung ausgesetzt werden.

Niederträchtiger Betrug und **Verrat erheben bereits** am ersten Tage nach der Provokation der Unternehmer **ihr Haupt.**

Der Vorwärts schreibt: „Hier ist der Feind, den es in den kommenden Wahlen zu schlagen gilt!" Wir sagen der Arbeiterschaft:

Die Vertröstung auf die Wahlen ist ein Verrat!

Das Trustkapital **kann nicht** in den Wahlen geschlagen werden. Die Stillegung der Betriebe wird nicht durch die Vertröstung auf die Wahlen im nächsten Jahre aufgehoben. Während die SPD ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den politischen Vertretern des Trustkapitals, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum eine Regierungskoalition zu bilden, während die SPD den Wahlkampf nur unter dem Gesichtspunkt vorbereitet, die parlamentarischen Voraussetzungen für eine solche Koalitionsregierung zu schaffen,

muß die Arbeiterschaft den Kampf gegen das Trustkapital, den Bürgerblock und die Koalitionspolitik der Sozialdemokratischen Partei, sowie gegen den Bankrott der reformistischen Gewerkschaftspolitik aufnehmen.

Der Reichsarbeitsminister Brauns, Zentrumsmann, erklärt: Es muß verhandelt werden. Die Abwürgungsmaschine des Schlichtungsapparates soll erneut in Bewegung gesetzt werden. Der Schiedsspruch, der den Arbeitern nichts geben wird, soll erneut für verbindlich erklärt werden. Dieses im Einverständnis mit den Trustmagnaten abgekartete Doppelspiel der Regierung und der reformistischen Führer **muß die Arbeiterschaft erkennen und durchkreuzen.**

Selbst die Reformisten müssen zugeben, daß dieser Kampf, den die Eisenbarone heraufbeschwören, ein politischer Kampf sein wird. In diesem Kampf wird die Arbeiterschaft die Macht der Trusts und des Staates gegen sich haben. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft muß erkennen, daß die Trustbourgeoisie nicht wirksam bekämpft, ihre Macht nicht erschüttert werden kann, **ohne gleichzeitig an den Grundfesten der bürgerlichen Republik zu rütteln.** Die Stillegung der Betriebe kann nur durch die entschädigungslose **Enteignung der Unternehmer, durch ihre Verjagung, durch die Weiterführung der Betriebe unter**

Die Kündigungen ausgesprochen

Essen, 6. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Soeben wird bekannt, daß heute in allen Betrieben der Großmetallindustrie den Arbeitern am schwarzen Brett die Entlassung am 1. Januar angekündigt wurde. Die Folge ist eine ungeheure Empörung und Kampfbegeisterung unter den Arbeitern. Heute abend nehmen in Essen und Düsseldorf außerordentliche Mitglieder- bzw. Funktionärversammlungen der Metallarbeiter zur Lage Stellung. Die Arbeiter verlangen sofortige Kampfmaßnahmen.

WTB-Meldungen aus Düsseldorf zufolge hat nun auch eine große Anzahl Betriebe der weiterverarbeitenden Industrien in Rheinland-Westfalen bei dem zuständigen Regierungspräsidenten zahlreiche Stillegungsanzeigen für den 1. Januar 1928 gestellt. Die Hüttenkonzerne haben die ausländischen Erzlieferanten um Einstellung der Erzverschiffung ersucht.

Die gesamte Berliner Abendpresse behandelt den brutalen Vorstoß der Schwerindustriellen.

Der Vorwärts wählt die Ueberschrift **„Der staatsfeindliche Wirtschaftsputsch der Scharfmacher"** und schreibt:

„Die Drohung der Schwerindustrie, die Schlüsselindustrie der deutschen Wirtschaft lahmzulegen, atmet den Geist der Fronde gegen den Staat. Es ist eine Drohung mit dem politischen Streich gegen das geltende Gesetz, eine staatsfeindliche Kundgebung. Die Dreischichtenordnung ging auf ein einmütiges Gutachten des Reichswirtschaftsrates zurück, das mit den Unternehmerstimmen beschlossen war. Sie wurde erlassen vom Reichsarbeitsminister des Bürgerblocks. Aber die Schwerindustriellen pfeifen auf das Gesetz!

Sie wollen einen letzten großen Ansturm zur Errichtung der Wirtschaftsdiktatur über den Staat riskieren. Der Geist von Alfred Krupp geht um!"

Dann bringt der Vorwärts eine Reihe von Namen von Vorsitzenden und Aufsichtsratsmitgliedern des Stahltrusts sowie deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und vereinzelt auch deutschen Volksparteilern und Zentrumsleutchen und fährt dann weiter fort:

„Das sind die wahren Staatsfeinde! Hinter ihnen steht die Deutschnationale Partei, der Kern des Bürgerblocks. Das Organ des Grafen Westarp, die Kreuzzeitung, nimmt offen Partei für sie und für den von ihnen geplanten Wirtschaftsputsch. Hugenberg hat die wirtschaftlichen Putschisten eingeschworen auf den Kampf gegen das Volk — jetzt soll der Kampf beginnen!"

Wie man sieht, bleibt also der Vorwärts seiner alten Linie durchaus treu. Er konstruiert einen Gegensatz zwischen der Hindenburg-Republik und den schwerindustriellen Scharfmachern, die angeblich eine „Fronde" gegen den Staat bilden und einen „letzten großen Ansturm" zur Errichtung der Diktatur über diesen Staat riskieren. Er schimpft in seiner Koalitionswut ausschließlich auf die Deutschnationalen und stellt sich schützend vor das Zentrum und die Deutsche Volkspartei, um es mit seinen zukünftigen Koalitionspartnern um keinen Preis zu verderben. Daß aber nicht nur Deutschnationale, wie der Vorwärts schwindelt, sondern auch die Deutschen Volksparteiler, die ja die ausgesprochene Partei der Schwerindustrie sind, in geradezu unerhörter und beispiellos frecher Weise gegen die Arbeiterschaft und die Freien Gewerkschaften hetzen, das kann man in der Täglichen Rundschau folgendermaßen lesen:

„Wer führt also diesen „Schlag gegen das ganze deutsche Volk"? Nicht die Industrie. Und nicht — beileibe nicht — der Arbeiter, sondern die Gewerkschaften.

Ihnen ist der Kamm geschwollen von ihren Erfolgen her, die sie in Mitteldeutschland ertrotzt haben.

Die Gewerkschaften haben eine Krise heraufbeschworen, die das gesamte deutsche Volk mit unausdenkbaren Erschütterungen bedroht. Alle Kreise der Wirtschaft sind bemüht, das Schlimmste zu verhüten. Die Forderungen der Gewerkschaften gehen so über alles vernünftige Maß hinaus, daß man auch gar nicht ermessen kann, wie hier noch eine Einigung zustande kommen soll. Soll Frieden bleiben, **soll die Nation vor einer Katastrophe bewahrt bleiben, dann müssen die Gewerkschaften ihre Forderungen entsprechend der sinnlosen Uebertreibung derselben um ein gewaltiges Stück abbauen. Sind sie dazu in der Lage? Wie weit haben sie sich überhaupt schon ihren Leuten gegenüber gebunden?**

Kommt die Verständigung nicht, dann werden die Gewerkschaften diesmal vielleicht endgültig die deutsche Sozialpolitik überhaupt in die entscheidende Krise hineinagitiert haben."

Die reformistischen SPD- und Gewerkschaftsführer und mit ihnen der Vorwärts sehen ihre wichtigste Aufgabe im gegenwärtigen Augenblick **nicht in der Vorbereitung von Kampfmaßnahmen,** sondern in der **„Beruhigung der durch die Provokation der Schwerindustrie empörten Arbeiterschaft".** In Verfolgung dieser Linie bringt der heutige Vorwärts nur kleine Meldungen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf der letzten Seite seines Blattes. Der Vorwärts läßt sich berichten, „daß die Drohung Stillegung fast allgemein als ein mißglückter Bluff der Schwerindustrie bezeichnet wird. Die Gewerkschaften würden den kommenden Ereignissen mit Ruhe und Entschlossenheit entgegensehen".

Kommunistischer Vorstoß im Reichstag

Die KPD-Reichstagsfraktion hat zum Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen die Schwerindustrie einen Antrag eingebracht, der die Forderung der Arbeiterschaft: achtstündigen Maximalarbeitstag ab 1. Januar zum Beschluß des Reichstags erheben sollte. Die bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD, die erst eine Bedenkzeit für ihre Fraktion verlangte, haben diesen kommunistischen Antrag abgelehnt.

SLUB
Wir führen Wissen.